

Seit wann sind Sie Botschafterin Kubas in Deutschland?

Seit dem 7. April 2022 habe ich diese Funktion inne. Vorher war ich bereits in den Jahren 2001 bis 2005 in diplomatischer Mission tätig. Es ist eine große Ehre und Freude mein Land hier in Deutschland zu vertreten, wo die Solidarität mit Kuba seit vielen Jahren besonders stark und gut aufgestellt ist. Die bedingungslose Unterstützung für den Kampf Kubas gegen die US-Blockade und gegen die Aufnahme Kubas in die Liste von Ländern, die den Terrorismus unterstützen, zu sehen, ist erfreulich.

Am 1. und 2. November fand die UN-Abstimmung zur Aufhebung der Blockade gegen Kuba statt. Am 1.11. sprach Bruno Rodriguez, Außenminister, vor der UNO. Welches sind die (zwei oder drei) wichtigsten Punkte seiner Rede?

Am 2.11. war die Abstimmung. Mit welchen Ergebnissen?

Zu allererst: Seit mehr als drei Jahrzehnten fordert die Generalversammlung der Vereinten Nationen jedes Jahr die Einstellung dieser Politik der USA gegenüber Kuba. Dies ist ein unbestreitbares Argument, vor allem da wir wissen, dass die Blockade einen Akt des Völkermords darstellt und dass mehr als 80 % der gegenwärtigen kubanischen Bevölkerung unter den Bedingungen der Blockade geboren wurde.

"Dass jedes Jahr eine überwältigende Mehrheit der Länder für die Resolution stimmt, die die kriminelle Blockade mit unwiderlegbaren Daten belegt, ist ein weiteres unbestreitbares Ergebnis. Es gibt, zumindest in den letzten Jahren, keinen Präzedenzfall, in dem eine Resolution der UN-Generalversammlung mit 187 Stimmen angenommen wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die wachsenden Auswirkungen dieser Umzingelungspolitik. Ich zitiere aus der Rede des kubanischen Ministers: Die in mehr als 60 Jahren aufgelaufenen Schäden belaufen sich nach aktuellen Preisen auf 154.217.000.000 Dollar. Nach dem Goldwert sind wir dann bei 1.391.111.000.000. Wie würde Kuba heute aussehen, wenn diese Ressourcen zur Verfügung gestanden hätten? Was hätten wir machen können? Wie sähe unsere Wirtschaft aus?

Während der Covid-19-Pandemie wandte die US-Regierung zeitweilige humanitäre Ausnahmen für Länder an, die Opfer ihrer einseitigen Zwangsmaßnahmen und anderer Sanktionen sind.

Warum aber wurden die Kubaner von diesen zeitweiligen humanitären Erleichterungen ausgeschlossen?

Schlimmer noch. Während Covid Millionen Menschenleben auf der Erde kostete und auch mein Land mit Schmerz überzog, wurde die Blockade verschärft, was zu Schwierigkeiten und Verzögerungen bei der Einfuhr von unabdingbaren medizinischen Ausrüstungen und Einsatzstoffen zu deren Bekämpfung führte, insbesondere für die Industrialisierung der kubanischen Impfungen. Es wurde sogar die Beschaffung von medizinischem Sauerstoff aus Drittländern behindert.

Als die Blockade die Lieferung von Lungenbeatmungsgeräten verhinderte, entwickelte Kuba die nationale Produktion eigener Prototypen.

Wie ist zu erklären, dass es einem kleinen Land wie Kuba gelungen ist, Covid-19 mit eigenen Impfungen und Ressourcen zu besiegen? Es ist unmöglich die Ängste der Bevölkerung in Zahlen auszudrücken, hervorgerufen durch Stromausfälle und fehlende Stabilität der Energieversorgung, Unterversorgung und lange Schlangen, um Produkte der Grundversorgung zu bekommen, alles Dinge, die die Lebensprojekte der Familien behindern, vor allem der Jugendlichen.

Die Blockade beraubt die nationale Industrie der Finanzierung für den Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen, Futtermitteln, Teilen und Ersatzteilen für Geräte und Industrie sowie anderen erforderlichen Betriebsmitteln für die Nahrungsmittelproduktion, die besonders stark betroffen ist.

Die Sanktionen gegen Kuba haben weitreichende und extraterritoriale Auswirkungen auf Unternehmen und Staaten, sei es in den Bereichen Handel, Finanzen, Investitionen oder Tourismus.

1996 verurteilte auch die EU die Gesetze und Verordnungen mit extraterritorialer Auswirkung, da sie gegen internationales Recht verstoßen und unter Verletzung des Interventionsverbotes in die Unabhängigkeit ausländischer Staaten eingreifen. Die Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates der EU vom 22. November 1996¹ verbot europäischen Unternehmen extraterritoriale Maßnahmen zu erfüllen. Sie erklärte alle Entscheidungen ausländischer Gerichte, die auf der Entscheidung von Drittländern im Ergebnis der Sanktionsgesetze beruhen, für null und nichtig und beschloss auf der Grundlage solcher Gesetze Schadenersatz zu fordern. Leider haben wir nie erlebt, dass die EU diesen gesetzlichen Rahmen genutzt hätte, um die Rechte

¹ Verordnung (EG) Nr. 2271/96 des Rates vom 22. November 1996 zum Schutz vor den Auswirkungen der extraterritorialen Anwendung von einem Drittland erlassener Rechtsakte sowie von darauf beruhenden oder sich daraus ergebenden Maßnahmen. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex%3A31996R2271>

ihrer Bürger zu verteidigen, die durch die USA in diesen fast 30 Jahren mehrfach sanktioniert wurden, seit diese Verordnung in Kraft getreten ist.

Die Regierung unternimmt große Anstrengungen, um die Ernährung der Bevölkerung zu garantieren. Zwar können nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden, aber die Grundbedürfnisse ausnahmslos aller Familien werden gedeckt, und das zu außerordentlich gestützten Preisen.

Um es mit einfachen Worten zu sagen: Die Blockade verletzt das Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf Bildung und Wohlergehen aller Kubanerinnen und Kubaner.

Als dritten und letzten Punkt möchte ich den Willen meiner Nation hervorheben, wie er auch in der Rede des Ministers zum Ausdruck kam, das sozialistische System sozialer Gerechtigkeit nicht aufzugeben, bestätigt durch das freie und allgemeine Referendum zur Verfassung im Jahr 2019.

Auf der Grundlage des Prinzips, „alles zu verändern, was verändert werden muss“, erneuert sich unser Land ständig beim Aufbau einer souveränen, unabhängigen, sozialistischen, demokratischen, wohlhabenden und nachhaltigen Nation, bei der Entwicklung unseres „sozialistischen, demokratischen, unabhängigen und souveränen Staates auf der Grundlage von Recht und sozialer Gerechtigkeit“.

Möge das jüngste Beispiel als unbestreitbarer Beweis bezüglich der Ausübung einer wahrhaften, partizipativen und integrativen Demokratie in unserem Land dienen. Am 22. September 2022 fand ein Volksreferendum statt, wo das kubanische Volk zugunsten eines neuen, modernen und fortschrittlichen Familiengesetzbuches abgestimmt hat, welches zu den fortschrittlichsten der Welt zählt und ein unwiderlegbarer Beweis für die Berufung ist, allen Kubanerinnen und Kubaner zuzuhören, ohne jegliche Diskriminierung.

Das kubanische Volk wird dem Vermächtnis des Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz treu sein, der sagte: eine „Regierung des Volkes, für das ganze Volk“ und „eine Revolution der einfachen Menschen, mit den einfachen Menschen und für die einfachen Menschen“.

3. Am 16. und 17.11. fand in Brüssel das von der internationalen Solidaritätsbewegung mit Kuba in enger Zusammenarbeit mit dem ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft) organisierte Tribunal statt. Was für ein Tribunal ist das und welches sind die wichtigsten Ergebnisse?

Die Möglichkeit, vor US-Gerichten Ansprüche gemäß Titel III des Helms-Burton-Gesetzes² einzuklagen, das Verbleiben Kubas auf der vom US-Außenministerium erstellten willkürlichen Liste mit den Terrorismus unterstützenden Ländern, die Verfolgung von Handels- und Finanztransaktionen unseres Landes, die Unmöglichkeit der Bearbeitung von Nicht-Einwanderungsvisa in Havanna, die Einschüchterung von Unternehmen, die Treibstoff auf die Insel liefern, die Versuche zunichte zu machen, den Tourismussektor nach Covid-19 wieder in Gang zu bringen, und die Diskreditierungskampagne gegen kubanische medizinische Kooperationsprogramme zählen zu den gegenwärtig schwerwiegendsten Merkmalen der feindlichen Politik der USA gegenüber Kuba.

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen der Blockade gehören mehr als 250 Regelungen wie Gesetze, Anordnungen, Memoranden, Resolutionen usw. Diese Verfügungen stellen einseitige Zwangsmaßnahmen mit negativen Auswirkungen dar, die das internationale Recht, die Handelsfreiheit und die Demokratie verletzen. Aus diesem Grund haben Vertreter der europäischen und US-Gesellschaft, politische Parteien, Verbände von Juristen, Unternehmern, Wissenschaftlern und Freunden Kubas ein Internationales Tribunal gegen die Blockade gegenüber Kuba einberufen. Dieses Tribunal fand am 16. und 17. November 2023 in Brüssel, Belgien, statt.

Brüssel wurde ausgewählt, da sich dort auch der Sitz der Europäischen Union mit einem Netz von Institutionen zum Schutz der Rechte seiner Bürger befindet, die vom extraterritorialen Charakter der Blockade betroffen sind und deren Souveränität somit verletzt wird.

Das Tribunal setzte sich aus angesehenen Juristen zusammen, die wichtige US-amerikanische und europäische Rechtsorganisationen vertraten. Bei den Zeugen handelte es sich unter anderem um von der Blockade betroffene Vertreter von Solidaritätsorganisationen, europäische Geschäftsleute, Persönlichkeiten und in Europa lebende Kubaner, die als Opfer der Blockade aussagten.

Das Tribunal hatte ein politisches Ziel: vor der Welt- und insbesondere der europäischen Öffentlichkeit die exterritorialen Auswirkungen der Blockade auf Europa sowie die einseitigen Zwangsmaßnahmen, die sich aus der Aufnahme Kubas durch die

² Titel III des Helms-Burton-Gesetzes ermächtigt US-Bürger in Kuba konfisziertes Eigentum vor US-Gerichten einzuklagen.

USA in die Liste von den Terrorismus unterstützenden Ländern ergeben, anzuprangern. Gleichzeitig setzte man sich für die Beibehaltung des zwischen Kuba, der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten bestehenden Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit ein.

Nach zweitägigen Beratungen und der Auswertung von Dokumenten und Zeugenaussagen kam das Tribunal zu einem Schuldspruch. Aus dem abschließenden Urteil können fünf Punkte hervorgehoben werden:

- Die Sanktionen verletzen eindeutig die durch Artikel 2 Absatz 1 der UN-Charta geschützte Souveränität Kubas und das Verbot der Einmischung gemäß Artikel 2 Absätze 4 und 7 der UN-Charta. Die einseitigen Sanktionen sind rechtswidrig, wenn ihre Auswirkungen eine bestimmte Schwelle überschreiten. Wenngleich dieser Schwellenwert nicht definiert ist, so lassen Dauer, Umfang und Zielrichtung der Sanktionen keinen Zweifel an deren Rechtswidrigkeit.
- Die von den USA gegen Kuba verhängten Sanktionen verletzen auch zahlreiche Menschenrechte, insbesondere die des UN-Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966. Diese Rechte sind ebenso verbindlich wie die politischen und bürgerlichen Rechte. Bereits 1997 stellte der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ECOSOC) fest, dass einseitige wirtschaftliche Maßnahmen "häufig zu erheblichen Störungen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln, Medikamenten und sanitären Einrichtungen führen, die Qualität der Nahrungsmittel und die Verfügbarkeit von sauberem Trinkwasser gefährden, das Funktionieren der grundlegenden Gesundheits- und Bildungssysteme beeinträchtigen und das Recht auf Arbeit untergraben".
- Ziel der Sanktionen ist es, den Handel Kubas mit anderen Ländern einzuschränken, die Ein- und Ausfuhr wichtiger Waren und Dienstleistungen zu blockieren und Finanztransaktionen zu verhindern.

Sie widersprechen daher zahlreichen Bestimmungen des internationalen Handelsrechts, die im WTO-Recht kodifiziert sind. So verbietet beispielsweise Artikel XI des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) von 1947, dem die USA beigetreten sind, die Beschränkung von Ein- und Ausfuhr. Das Einfrieren von Vermögenswerten und die Beschränkung internationaler Transfers

und Zahlungen sind ebenfalls verboten. In Artikel III Abschnitt 2 der "Satzung des Internationalen Währungsfonds vom 22. Dezember 1945" ist ebenfalls festgelegt, dass sich die Mitglieder jeglicher Beschränkung der laufenden Zahlungen und diskriminierender Währungspraktiken enthalten müssen. In diesem Fall sehen die Übereinkommen Ausnahmen aus Gründen wesentlicher Sicherheitsinteressen vor, die jedoch für die USA im Verhältnis zu Kuba nicht gelten. Die militärischen, politischen oder wirtschaftlichen Aktivitäten Kubas stellen keine Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar.

- *Die USA weigern sich, das im WTO-System für Handelsstreitigkeiten vorgesehene Streitbeilegungssystem in Anspruch zu nehmen, das in Artikel III Absatz 7 des Anhangs 2 des "Übereinkommens über Regeln und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten" des GATT von 1994 ausdrücklich vorgesehen ist: "(...) Das Ziel des Streitbeilegungsmechanismus ist es, eine positive Lösung für Streitigkeiten zu finden. Es sollte stets einer Lösung der Vorzug gegeben werden, die für die Streitparteien annehmbar ist und im Einklang mit den betreffenden Übereinkommen steht. Kommt keine einvernehmliche Lösung zustande, besteht das erste Ziel des Streitbeilegungsmechanismus in der Regel darin, die Aufhebung der fraglichen Maßnahmen zu erwirken, wenn sich herausstellt, dass sie mit den Bestimmungen eines der abgedeckten Abkommen unvereinbar sind (dies wäre der Fall bei der Blockade). Die USA waren nie an einer friedlichen Lösung der strittigen Fragen interessiert, weil sie Kubas Wirtschaft schwächen wollten, um die Regierung zu stürzen.*
- *Die zahlreichen Sanktionen und Gesetze der USA, auf die sie sich berufen, sind rechtswidrig und müssen aufgehoben werden. Die USA müssen den Schaden, der dem kubanischen Staat, seiner Wirtschaft und seinen Bürgern entstanden ist, ersetzen.*

4. Wie kann ich persönlich mit Kuba Solidarität üben?

Es gibt viele Möglichkeiten der Solidarität mit Kuba und seinem Volk. Dieses Interview bekannt zu machen ist eine davon. Kuba braucht mehr Stimmen in der Welt, um die kubanische Realität von einem objektiven Standpunkt aus und ohne politische Voreingenommenheit bekanntzumachen.

Hier in Europa gibt es gegenwärtig die Initiative „Let Cuba Live“ mit der Forderung an die aktuelle US-Regierung Kuba von der Liste Terror unterstützender Länder zu streichen sowie die Blockade, die von der internationalen Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit abgelehnt wird, bedingungslos zu beenden.

Bis zum 12. Dezember sollen eine Million Unterschriften gesammelt werden.³

Neben Solidaritätsbewegungen in Europa haben sich der Initiative ALBA Movimientos, Forum von São Paulo, Trade Union Confederation of the Americas, Jornada Continental por la Democracia y Contra el Neoliberalismo, World March of Women, Continental Latin American and Caribbean Network in Solidarity with Cuba und Vía Campesina angeschlossen. Die größte Errungenschaft der Kampagne ist jedoch, dass sie sich an die einfachen Bürger richtet. Sie sind es, die mit ihrer Unterschrift die US-Regierung zur Beendigung dieser feindlichen Politik gegen unserem Land auffordern.

Bitte unterzeichnet digital unter <https://es.letcubalive.info/join-the-campaign>. Es gibt auch die Möglichkeit Unterschriftenlisten auszudrucken und im Freundes- und Familienkreis Unterschriften zu sammeln, damit das Ziel von einer Million Unterschriften erreicht werden kann.

Bis zum 20. November 2023 gab es bereits 389 011 Unterzeichner (nur digital unterzeichnete gerechnet).

Wer mehr über die Solidaritätsbewegung mit Kuba wissen und sich an deren Aktivitäten beteiligen möchte, dem empfehle ich den Besuch der Webseite <https://www.netzwerk-cuba.org/>. Dort gibt es Informationen zu Aktionen, Möglichkeiten der Unterstützung, Spenden usw.

Schließlich möchte ich alle Leserinnen und Leser einladen Kuba zu besuchen. Verpassen Sie nicht die Möglichkeit unser Land mit seinen Stärken und Schwächen mit eigenen Augen anzuschauen.

Vor der Pandemie empfing unser Land (jährlich) mehr als 4 Millionen ausländische Besucher. Dies zeigt eindeutig, dass es sich bei Kuba keinesfalls um ein Land handelt, welches sich der Welt verschließt.

Es gibt viele Möglichkeiten, um Kuba kennenzulernen. Wir haben nicht nur Sonne und Strand, sondern eine sehr reiche Kultur aufgrund der Mischung verschiedener Zivilisationen und Identitäten. Überall, wo man in Kuba hingehet, atmet man neue Projekte, Anpassung, Widerstandsfähigkeit. Und man trifft Menschen, die fröhlich, intelligent, gesprächig und freundlich sind.

³ Etwas mehr als 400.000 Unterschriften konnten gesammelt werden.

Noch eine abschließende Botschaft an die Leserinnen und Leser?

Zunächst möchte ich Ihnen für die Möglichkeit danken, der deutschen Öffentlichkeit die Wahrheiten meines Landes zu vermitteln. Die Blockade hat dem kubanischen Volk unermesslichen Schaden zugefügt. Doch die Geschichte meines Volkes ist eine Geschichte voller Kampf und Optimismus für den endgültigen Sieg. Es ist die tiefe Überzeugung, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist.

In den kommenden Tagen (1. Januar 2024) wird Kuba den 65. Jahrestag des Sieges der Revolution feiern. Wir empfangen ihn mit vielen Herausforderungen und Problemen, die es zu lösen gilt, sowohl extern als auch intern. Aber wir nehmen ihn auch als Impuls, um unser souveränes und unabhängiges Projekt weiter zu verteidigen. Wir werden weiterhin gerechte Anliegen in der Welt unterstützen und die Solidarität zwischen den Völkern fördern. Wir glauben, dass dies der einzige Weg ist, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen die Menschheit heute steht.